

(Abgeordneter Dr. Niethammer.)

(A) zu nehmen zu der neuen Regierungsform, in die wir eingetreten sind, zu den Herren, die an die Spitze der Regierung gestellt sind, und zu dem Programm, das wir soeben aus dem Munde des Herrn Staatsministers gehört haben.

Wir können uns nicht verhehlen, daß der Weg, auf dem der Staatswagen heute dahinrollt, sehr schmal und gefährlich ist, und daß es eines sicheren Blickes bedarf, um nicht an den Schwierigkeiten zu scheitern, die sich ihm entgegenstellen. Aus dem Bilde, das ich gebrauche, geht von selbst hervor, daß der Weg keinen Raum bietet zum Umkehren, daß wir nicht an ein Umkehren denken, sondern daß wir unsere Gedanken bloß darauf richten müssen, den Weg zum Ziele zu verfolgen. Es geht weiter daraus hervor, daß wir uns auf der Fahrt nicht umblicken dürfen, weil wir sonst Gefahr laufen müßten, den Wagen zum Scheitern zu bringen. Das ist eine Mahnung, die zu beherzigen manchem von uns vielleicht schwer fällt, weil alle Parteien rechts und links die Frage der Schuld gegen die anderen Parteien erheben. Aber wir dürfen nicht rückwärts blicken, wir dürfen diese Fragen nicht erörtern, wir müssen vorwärts schauen im Hinblick darauf, daß der Feind vor unseren Grenzen steht und daß alles darauf ankommt, uns seiner erfolgreich zu erwehren.

(B) Meine Herren! Wir müssen uns aber klar werden, wie wir in dem jetzigen Augenblicke in die Umänderung unserer ganzen Regierungsform hineingekommen sind. Es scheint ein geschichtliches Gesetz zu sein, daß Völker, die einen Krieg nicht in kurzer Zeit erfolgreich überwinden, diejenige Staatsverfassung zur Geltung bringen müssen, die der vor dem Kriege bestehenden entgegengesetzt war: loser organisierte Staatswesen werden sich straffer zusammenschließen, straffer organisierte werden nach Freiheit streben, aus dem einfachen Grunde, weil es in einem gefährlichen Kriege schlechterdings nicht möglich ist, daß gegen die Opposition regiert wird, wenn anders die Einheit, auf die alles ankommt, gewahrt werden soll.

Von diesem Gesichtspunkte aus stehen wir voll auf dem Boden der Tatsachen, die heute vor uns liegen. Wir haben von jeher eine enge Fühlung zwischen Regierung und Parlament erstrebt, wir haben eine Mitwirkung des Volkes nicht bloß im Parlament, sondern in der Regierung stets zu einer der Hauptaufgaben unseres ganzen politischen Strebens gemacht. Aber wenn wir nun eine neue Zeit haben, wenn ich anerkenne, daß wir diese neue Zeit brauchen, so steht es doch auch so, daß die neue Zeit ebenso und in ebenderselben dringlichen Weise unser bedarf. Alle Kräfte des Volkes müssen herangezogen werden. Ist es ein Fehler der früheren Zeit gewesen, daß die

Intelligenzen, die in der Sozialdemokratie zweifellos vereinigt sind, zu wenig nutzbar gemacht worden sind, so wäre es ein nicht geringerer Fehler, wenn jetzt die Intelligenzen des Bürgertums ausgeschaltet oder kaltgestellt werden sollten.

(Zuruf in der Mitte: Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhange begrüße ich mit Freuden die Worte des Herrn Staatsministers über unsere Beamten. Wir sind alle darüber klar, und wer das Ausland bereist hat, um so mehr, daß wir in unserem deutschen Beamtentum einen Schatz besitzen, um den uns die ganze Welt beneidet. Wenn wir begründete Sorge haben, daß dieser Beamtenstand aus allen möglichen Anlässen in diesem Kriege einer Belastungsprobe ausgesetzt worden ist, der nicht alle Teile haben standhalten können und nicht standgehalten haben, so haben wir um so mehr die Aufgabe, jetzt alles zu tun, was weitere Gefahren auf diesem Gebiete hintanhält. Es liegt nahe, daß die Beamtenenschaft Sachsens in dem Umstande, daß jetzt Minister aus der Kammer erwählt und an die höchste Stelle der Beamtenlaufbahn gestellt werden sollen, einen Vorgang erblickt, der ihr Streben beeinträchtigt; daß es für einen Beamten, der seine ganze Existenz dieser Laufbahn gewidmet hat, seinen ganzen Beruf darin findet, eine Enttäuschung, eine Beeinträchtigung seiner Energie bedeutet, wenn ihm schlechterdings die oberste Stelle vorenthalten werden soll. Ich glaube nicht, daß das die Absicht unseres Vorgehens ist, ich glaube, daß wir aber den Grundsatz heute mehr denn je aufrechterhalten müssen, daß, wie es auch sei, nur der Tüchtigste das Amt bekommen darf. Wir sind weit davon entfernt, es mit Bräsig zu halten, daß es auf die Fixigkeit ankommt, sondern wir stehen auf dem Standpunkt, daß nur Geist, Hingabe an die Aufgaben, die den Beamten gestellt sind, entscheidend sein soll.

Die Sozialdemokratie hat darauf hingewiesen, bei den Vorberatungen und jetzt ebenso wieder aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Uhlig, daß es ihr nicht leicht wird, in die Regierung mit einzutreten, daß sie für das Opfer, das sie damit bringt, Konzessionen verlangt, schon um der Wähler willen, um des Volkes willen, das hinter ihr steht und dem sie keine Enttäuschung bereiten darf. Auch wir haben Wähler hinter uns, auch für uns ist der ganze Vorgang nicht ohne Opfer. Wir sind gern bereit, uns den politischen Notwendigkeiten des Tages zu unterwerfen. Wenn aber die Kreise, die hinter uns stehen, den Eindruck haben würden, daß es sich um die Selbstaufgabe unserer Überzeugung handelt, meine Herren, so hätte auch die Demokratie von diesem Vorgange keinen